

Initiativantrag

Initiator*innen: Jusos Leipzig und Jusos Erzgebirge

Titel: **Handeln statt Zaudern: Für praktische Solidarität mit der Ukraine**

Handeln statt Zaudern: Für praktische Solidarität mit der Ukraine

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen möge beschließen und an den Bundeskongress der Jusos weiterleiten:

58 Tage dauert die Invasion der Ukraine durch Russland bereits an. In dieser Zeit musste die Weltöffentlichkeit mit ansehen, wie die russische Armee schreckliche Menschenrechtsverletzungen begangen hat. Seitdem sind tausende Menschen gestorben; Krankenhäuser, Schulen, Altenheime und Kindergärten werden bombardiert und Menschen werden - wie in Butscha - willkürlich auf offener Straße erschossen oder nach Russland verschleppt, Kinder werden zwangsadoptiert. Millionen Ukrainer:innen sind vor dem Krieg geflohen und haben in den umliegenden Staaten Zuflucht gefunden. Auch in Deutschland sind bereits Hunderttausende angekommen, deren Zahl noch weiter steigen wird.

Mit massivem Materialeinsatz und einem unfassbar hohen menschlichen Preis stoßen im Osten der Ukraine Armeen aufeinander. Die Offensive wird wieder mit Begriffen wie Kesselschlacht, Front, Panzervorstoß und Artilleriegefecht beschrieben und von Land, Luft und See geführt. Innerhalb der letzten zwei Monate des Krieges allein sind Schätzungen zufolge über 40.000 Menschen gestorben. Es gibt nichts zu beschönigen: Dies ist eine der blutigsten Auseinandersetzungen der letzten Jahrzehnte.

Putins Großmachtstreben - eine ideologisch-militärische Vorgeschichte

In der Ukraine herrscht aber nicht erst seit dem 24. Februar 2022 Krieg. Dieser

22 Krieg begann mit der Besetzung von Teilen der Oblaste Donezk und Luhansk durch
23 russische Soldaten ohne Hoheitsabzeichen sowie der völkerrechtswidrigen Annexion
24 der Krim. Nachdem die pro-russische Regierung unter Viktor Janukowitsch die
25 Euromaidan-Proteste und das Aufbegehren der ukrainischen Bevölkerung gegen die
26 korrupte Regierungselite blutig niederschlagen wollte, was schlussendlich über
27 100 Todesopfer zur Folge hatte, war Putins Antwort ein weiterer gewaltsamer
28 Schritt in Richtung seiner Vorstellung eines "großrussischen Reiches" in den
29 Grenzen der Sowjetunion.

30 Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist ein weiteres Kapitel in Putins
31 Großmachtstreben. Seit dem Amtsantritt Vladimir Putins und seiner Überzeugung,
32 dass das Ende der Sowjetunion "die größte geopolitische Katastrophe des 20.
33 Jahrhunderts" gewesen sei, hat sich die russische Politik stetig ideologisiert.
34 Der Denker Alexander Dugin, von Putin hochgeschätzt, lieferte das theoretische
35 Rüstzeug für die Schaffung eines "großrussischen Reiches". Aus dieser Ideologie
36 leiten sich die militärischen Operationen, Kriege und Kriegsbeteiligungen der
37 russischen Armee in den letzten 20 Jahren ab.

38 Ging es in Tschetschenien noch darum zu verhindern, dass nach Estland, Lettland,
39 Litauen, Belarus, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Usbekistan,
40 Turkmenistan, Armenien, Georgien, Aserbaidschan und natürlich der Ukraine eine
41 weitere Sowjetrepublik die dauerhafte Unabhängigkeit erlangen kann, griff Putin
42 nach Abklingen des Zweiten Tschetschenienkrieges im Jahr 2008 Georgien an und
43 besetzte Abchasien und Süd-Ossetien in Reaktion auf eine drohende Westbindung
44 Georgiens. Nur drei Jahre später erfolgte der erste Einmarsch auf ukrainisches
45 Territorium, während Staaten, die sich dem Willen Moskaus auch nach der
46 Unabhängigkeit beugten und zur russischen Peripherie gezählt werden können, in
47 einem von Russland abhängigen "Frieden" existieren konnten.

48 Die heute in der Ukraine zu sehenden schrecklichen Menschenrechtsverletzungen
49 wurden auch in Syrien ausgetestet und angewandt. Auf Putins Befehl unterstützte
50 die russische Armee den Diktator Assad. Mit Giftgas, Streubomben und
51 Foltergefängnissen wurde der Widerstand der Opposition gebrochen und zukünftige
52 Aufstände unterbunden. Vielen Syrer:innen bleibt nur das Exil und die Flucht aus
53 Syrien. Dem belarussischen Diktator Alexander Lukaschenko half er dabei, die
54 nach Macht strebende Demokratiebewegung unter der Führung der legitimen
55 Präsidentin Swjatlana Zichanouskaja vorerst niederzuwerfen. Fast unbeachtet von
56 der Öffentlichkeit hält Putin zudem seine schützende Hand über die Machthaber in
57 Aserbaidschan, die in den letzten zwei Jahren Gebiete von Armenien, das
58 ebenfalls nach einer Westbindung strebt, erobert haben und zurzeit weitere
59 militärische Vorstöße unternehmen.

60 Dieser kurze Abriss zeigt, dass es Vladimir Putin nicht nur um die Ukraine geht,

61 sondern darum mittels militärischen Zwangs die Russische Föderation unter neuen
62 ideologischen Vorzeichen zu vermeintlich "alter Stärke" zu führen.

63
64 Es ist notwendig, explizit festzuhalten: Der Treiber hinter all diesen Kriegen
65 heißt Putin. Das ist der Krieg von Vladimir Putin und all jener, die ihn bei
66 seinem Treiben unterstützen. Nicht der Ukraine. Nicht der USA. Nicht der NATO.
67 Nicht des Westens.

68 **Der russische Angriffskrieg in der Ukraine: Nichts ist entschieden**

69 In den vergangenen zwei Monaten hat Putin nun seinen bisher größten Krieg
70 begonnen. Seitdem sprechen von Kiev bis Odessa die Waffen. Wir als
71 Jungsozialist:innen müssen uns fragen, was angesichts dieses Schreckens zu tun
72 ist.

73 Die anfängliche Hoffnung auf eine starke Opposition in Russland, die sich dem
74 Krieg entgegenstellen kann, hat sich als falsch herausgestellt - mittlerweile
75 unterstützen verschiedenen Umfragen zufolge etwa 80 Prozent der Russ:innen den
76 Krieg in der Ukraine und seine neuere Eskalation. Die oppositionelle Bewegung in
77 Russland befindet sich im Gefängnis, ist im Exil oder hat sich in den Untergrund
78 zurückgezogen. Aktuell lässt sich nicht davon ausgehen, dass es nennenswerte
79 innenpolitische Widerstände gegen Putins Herrschaft und den breit getragenen
80 Krieg in der Ukraine geben wird.

81 Der offenbar ursprüngliche Plan, Kiev innerhalb kürzester Zeit zu erobern und
82 eine Marionettenregierung zu installieren, ist gescheitert. Mittlerweile scheint
83 auch die Schlacht um Kiev vorläufig entschieden und die russischen Truppen haben
84 sich aus dem gesamten Norden des Landes zurückgezogen, um sich nach derzeitigem
85 Stand auf ihre weiter verstärkte Offensive im Süden der Ukraine vorzubereiten.

86 Die russische Großoffensive im Süden und Osten der Ukraine läuft Stück für Stück
87 an. Während in Mariupol erbitterte Kämpfe geführt werden, werden auf vormalig
88 von der russischen Armee gehaltenem Territorium die Spuren grausamer
89 Kriegsverbrechen sichtbar. Die schrecklichen Bilder aus Butscha gingen um die
90 Welt, doch auch aus anderen Orten im Norden der Ukraine werden ähnliche
91 Gräueltaten gemeldet. Dass Satellitenbilder auf Massengräber in der Nähe von
92 Mariupol hinweisen zeigt, dass auch der internationale Aufschrei die russischen
93 Streitkräfte nicht davon abhält, Kriegsverbrechen zu begehen.

94 Der Überlebenskampf der Ukraine betrifft das gesamte freie Europa. Putins
95 Machtgelüste machen nicht an den Grenzen der Ukraine halt, sondern erstrecken
96 sich auch auf die baltischen und andere osteuropäische Staaten. Wenn für Putin

97 eine demokratische Ukraine nicht erträglich ist, bedeutet das zugleich, dass
98 auch NATO-Staaten gefährdet sind. Die eindringlichen Appelle vieler baltischer
99 und osteuropäischer Regierungen zeigen, dass in diesen Gebieten die russische
100 Bedrohung ernst genommen werden muss.

101 Ein Ende der Kämpfe in der Ukraine ist nicht absehbar. Die ukrainische Armee
102 kämpft für Freiheit und Demokratie und für das Überleben ihres Staates. Die
103 klaren Solidaritätsbekundungen mit den Menschen in der Ukraine sind wichtig. Sie
104 allein können jedoch die missliche Lage, in der sich die Ukraine befindet, nicht
105 lösen – dafür braucht es handfeste, wertegeleitete Politik.

106 Ziel der strategischen Ausrichtung der Politik der Bundesregierung muss sein,
107 die Ukraine zu befähigen, die Bedingungen für ein Ende des Krieges oder
108 zumindest für einen dauerhaften Waffenstillstand zu diktieren. Das Ende dieses
109 Krieges kann nur am Verhandlungstisch erreicht werden. Was die Karten auf diesem
110 Tisch zeigen, hängt entscheidend von der Unterstützung der NATO-Staaten an die
111 Ukraine ab. Dazu braucht es nicht weniger als eine von allen Staaten der NATO
112 und der EU getragenes Lend-Lease-Programm, mit dem die Ukraine mit allen
113 notwendigen Gütern für eine Rückeroberung des gesamten ukrainischen
114 Staatsgebietes und anschließender dauerhafter Verteidigung desselben
115 ausgestattet wird. Zu diesen Gütern zählen auch schwere Waffen wie schwere
116 Artillerie, leichte und schwere Panzer, Flugzeuge, Drohnen und perspektivisch
117 Kriegsschiffe und U-Boote.

118 **Flucht vor dem Krieg: Solidarität statt Abschottung**

119 In Sachsen sind derzeit rund 20.000 Geflüchtete angekommen, ca. 4.300 davon sind
120 noch in Erstaufnahmeeinrichtungen. Die Bundesrepublik hat gemeinsam mit den
121 Ländern zahlreiche Anstrengungen unternommen, um die Aufnahme bestmöglich zu
122 gestalten. Zahlreiche Maßnahmen, wie bspw. das Auslösen der europäischen
123 Massenzustrom-Richtlinie, hätten wir uns bereits 2015 ff. gewünscht! Genauso
124 begrüßen wir das Engagement von Konzernen wie der Deutschen Bahn, kurzfristige
125 Lösungen anzubieten.

126
127 Wir stellen jedoch fest, nie wieder dürfen wir es zulassen hinter die
128 derzeitigen Maßnahmen zu fallen. Dazu gehören im Besonderen, die vereinfachte
129 Aufnahme von Geflüchteten, den Zugang zum Arbeitsmarkt, dezentrale Unterbringung
130 und die schnelle Eingliederung von Kindern und Jugendlichen in die
131 Bildungslandschaft. Die Solidarität, welche wir den ukrainischen Geflüchteten
132 entgegenbringen, muss jedoch allen gelten. Wir fordern, die derzeitigen
133 vereinfachten Verfahren und Möglichkeiten der Eingliederung in das Sozial- wie
134 Bildungssystem allen Geflüchteten gleichermaßen zur Verfügung steht. Ferner muss
135 der Bund weitere Mittel für die Kommunen zur Verfügung stellen zur

136 Aufgabenerfüllung.

137 Der Bundesregierung und den Landesregierungen fällt dabei weiterhin auch vor
138 allem eine koordinierende Rolle zu, an die wir den Anspruch knüpfen, gemeinsame
139 Entscheidungen im Sinne der Flüchtenden zu treffen. Es darf hier kein Abschieben
140 von gegenseitiger Verantwortung geben. Genauso loben wir ausdrücklich das
141 Engagement der vielen ehrenamtlichen Helfenden, die vielerorts an physische und
142 psychische Grenzen gehen und appellieren an die zuständigen Stellen, sie aktiv
143 zu unterstützen, statt Hürden in den Weg zu legen oder gar kontraproduktiv zu
144 agieren. Ziel muss sein, den aktuellen Flickenteppich aus Informationen und
145 Zuständigkeiten in geordnete, staatlich getragene Strukturen zu überführen.

146 Bisher sind mehr als 5 Millionen Ukrainer:innen auf der Flucht. Gemeinsam mit
147 unseren europäischen Nachbarn müssen wir dafür Sorge tragen, ihnen und allen
148 anderen Geflüchteten die gleichen Möglichkeiten für ein offenes Europa zu
149 bieten. Daher setzen wir uns für eine gerechte Verteilung der Geflüchteten in
150 Europa ein.

151 Als Jusos nehmen wir die derzeitige europäische Welle der Solidarität zum
152 Anlass, unsere Forderungen für das Einreißen der Festung Europa zu bestärken.

153 **Krieg, Krise und Patriarchat: Prostitution und Menschenhandel eindämmen**

154 Wo Krieg herrscht, herrscht auch das allgegenwärtige Patriarchat in seiner
155 hässlichsten Form: Zuhälter und Menschenhändler warten seit Beginn des Krieges
156 vermehrt an den Grenzen und Bahnhöfen, um fliehende Frauen in die Prostitution
157 zu zwingen. Präventionsmaßnahmen durch die Ordnungsbehörden wurden zu spät
158 ergriffen oder gänzlich versäumt, seit Beginn der Fluchtbewegungen versuchen vor
159 allem deutsche Zuhälter aus ukrainischen Frauen Profit zu schlagen und diese
160 durch vorgetäuschte Hilfsangebote zu verschleppen und in die Prostitution zu
161 locken. Die Ukraine war bereits vor dem Krieg Schauplatz von Menschenhandel –
162 nach Schätzungen der Vereinten Nationen wurden in den letzten 30 Jahren 260.000
163 Ukrainerinnen Opfer von Menschenhandel. Durch den russischen Angriffskrieg hat
164 sich diese Lage noch verschärft.

165 Zur Eindämmung der Zugriffsmöglichkeiten auf die Frauen benötigt es neben einem
166 größeren Problembewusstsein aufseiten der Behörden eine klare Strategie, die
167 bspw. genauere Kontrollen der freiwilligen Helfer:innen oder verpflichtende
168 Trainings des Sicherheitspersonals an Einrichtungen der Geflüchtetenunterkunft
169 beinhaltet. Langfristig gesehen braucht es außerdem eine Verstärkung der
170 Hilfsprogramme gegen Menschenhandel und Prostitution sowie härtere Strafmaße in
171 Europa für Menschenhändler und Freier, um ukrainische Frauen nachhaltig vor

172 Menschenhandel zu schützen.

173 **Schluss mit den Illusionen: Sozialdemokratische Russland-Kuschelei stoppen**

174 Die Lage in der Ukraine ist klar: Auf Putins Befehl hin führt Russland einen
175 völkerrechtswidrigen Angriffskrieg und begeht dabei zahllose Kriegsverbrechen.
176 Es schockiert uns, dass auch jetzt noch viel zu viele SPD-Politiker:innen nicht
177 bereit sind, ihre falschen Positionen aus dem letzten Jahrhundert über Bord zu
178 werfen. Der Verweis auf die Ostpolitik Willy Brandts ist zu einem Deckmäntelchen
179 für die Unterstützung von Kriegsverbrechern und einem Diktator, dem für die
180 Durchsetzung seiner Ideologie kein Mittel zu brutal ist, geworden.

181 Schon jetzt steht die Bundesregierung international nicht gut da. Das lange
182 Zögern bei den Fragen nach Waffenlieferungen und die inhaltslosen Statements von
183 Olaf Scholz sind nicht geeignet, diesen Reputationsverlust aufzuhalten. Statt
184 sich entschieden auf die Seite der Ukraine zu stellen und sie mit allen
185 sinnvollen Mitteln zu unterstützen, fallen führende SPD-Politiker:innen der
186 Ukraine in den Arm und erklären den Verteidigungskrieg de facto schon für
187 verloren.

188 Diese Haltung ist keine Blauäugigkeit, sie hat in der SPD traurige Tradition.
189 Unter Erwin Sellering und Manuela Schwesig unterstützte die mecklenburg-
190 vorpommersche SPD das Projekt "Nord Stream II" bis zum Rande der Legalität.
191 Auch die Berichte über eine SPD-Landtagskandidatin mit möglichen Verbindungen
192 zum russischen Geheimdienst fügen sich in dieses Bild ein. Die Aktivitäten von
193 Altbundeskanzler Gerhard Schröder sind ein weiteres lupenreines Kapitel in
194 dieser beschämenden Kontinuität.

195 Damit muss endlich Schluss sein. Viel zu lange hat die SPD - unterstützt auch
196 von Teilen der Jusos - die Augen vor dem zunehmend diktatorischen Regierungsstil
197 Putins und seiner Verachtung für Menschenrechte verschlossen oder ihr
198 expansionistisches Narrativ verklärt. Die Eskapaden von Gerhard Schröder und
199 anderen sind lange bekannt, spätestens jetzt müssen sie Konsequenzen haben. Wir
200 unterstützen das von mehreren SPD-Gliederungen angestrebte
201 Parteiordnungsverfahren gegen Gerhard Schröder und fordern, ihn aus der Partei
202 auszuschließen. Die Verstrickungen der SPD mit der russischen Regierung muss auf
203 allen betroffenen Ebenen schonungslos aufgeklärt werden. Dabei darf es keine
204 Rücksicht auf frühere Leistungen oder aktuelle Ämter geben - was zählt, ist die
205 Gegenwart. Die Russlandpolitik der SPD muss auf eine neue Grundlage gestellt
206 werden, in der die von der russischen Großmachtspolitik ausgehende Bedrohung klar
207 und ungeschönt analysiert wird. Wir unterstützen daher die Einrichtung von
208 Untersuchungsausschüssen, um den Fragen nach etwaigen Verbindungen transparent
209 und im geordneten Verfahren auf den Grund zu gehen. Wir erkennen an, dass die

210 Stiftung Klima- und Umweltschutz MV nicht ohne weitere Probleme aufgelöst werden
211 kann. Wir regen daher an, den Stiftungszweck (Naturschutz, Kampf gegen den
212 Klimawandel) ernst zu nehmen und die Mittel dafür zu verwenden. Im Besonderen
213 Mecklenburg-Vorpommern gewinnt durch den steigenden Meeresspiegel neue
214 Küstenabschnitte hinzu, welche geschützt und gepflegt werden müssen im Sinne des
215 Naturschutzes.

216 **We will protect EU: Endlich handlungsfähig werden**

217 Die Forderung nach einer europäischen Armee ist längst überfällig und hätte im
218 bisherigen Kriegsgeschehen den Handlungsspielraum und die
219 Unterstützungsmöglichkeiten von europäischer Seite deutlich ausweiten können.
220 Europa benötigt dafür eine gemeinsame Strategie zur außenpolitischen Frage der
221 Verteidigungspolitik. Es benötigt einen europaweiten Diskurs darüber, wie
222 Einsätze einer europäischen Armee in Zukunft funktionieren sollen und wie
223 nationale Armeen langfristig abgelöst werden können. Dazu gehört zumindest im
224 ersten Schritt auch eine einheitliche europäische Vertretung innerhalb der NATO.

225 Wir fordern, dass die Europäische Union auf Grundlage eines gemeinsamen
226 Konzeptes zum Waffenexport und allgemeinen Grundsätzen für eine europäische
227 Armee, orientiert am Wertekanon der Grundrechtecharta, ihre Außenpolitik
228 militärisch vereinheitlicht. Nur so kann die europäische Rolle in
229 internationalen Krisen gestärkt und geschärft werden, um Angriffskriegen etwas
230 entgegensetzen zu können.

231 Niemand kann gesichert vorhersagen, wie lange der Angriffskrieg noch andauert,
232 ob sich Putins Armee im Osten und Süden der Ukraine festsetzt und über die
233 Abspaltung dieser Landesteile Verhandlungen geführt werden.

234 Unsere Aufgabe ist es hier und jetzt dafür Sorge zu tragen das sich die Ukraine,
235 nachdem sie den Krieg gewonnen hat, erholen kann und alle Geflüchteten bis dahin
236 in Sicherheit leben können. Gleichzeitig muss entschlossen gehandelt werden,
237 damit aus Putins Angriff auf die Ukraine keine Vorlage für andere Despoten wird,
238 um demokratische und freie Nachbarländer anzugreifen. Looking at you China!

239 Die Forderungen des Antrages sind daher keine kurzfristigen Ziele. Sie sollen
240 die Sicherheit der Ukraine als künftiges Mitglied der Europäischen Union
241 sicherstellen. Sie sollen eine Aufklärung und Neuausrichtung bewirken. Sowohl in
242 der europäischen Sicherheits- wie auch Sozialarchitektur und letztendlich in der
243 deutschen Sozialdemokratie.

244 **Unsere Forderungen**

- 245 • Unterstützung der Ukraine mit notwendigen Gütern zur dauerhaften
246 Verteidigung

- 247 • Ausschluss von Gerhard Schröder aus der SPD

- 248 • schonungslose Aufklärung der Verstrickungen zwischen der SPD und dem
249 russischen Staat

- 250 • Neuausrichtung der sozialdemokratischen Russlandpolitik

- 251 • Die EU muss endlich handlungsfähig werden! Wir fordern den Aufbau einer
252 europäischen Armee

- 253 • Verstärkung der Hilfsprogramme gegen Menschenhandel und insbesondere in
254 Osteuropa härtere Strafmaße für Menschenhändler

- 255 • Einreißen der Festung Europa, die Massenzustrom-Richtlinie soll dauerhaft
256 in Kraft bleiben

- 257 • Der Bund muss die Kommunen finanziell weiter fördern, um Erholungseffekte
258 nach 2 Jahren Pandemie durch erhöhte Aufgaben der Geflüchtetenhilfe nicht
259 zu gefährden

- 260 • die Stiftung Klima- und Umweltschutz MV soll im Sinne ihrer Satzung für
261 Naturschutz und den Kampf gegen den Klimawandel beitragen

Begründung

erfolgt mündlich